

## **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Modell Wörgl)**

Arbeitslosigkeit ist nicht erst ein Problem der Neuzeit. Nein, schon unsere Altvorderen hatten mit diesem Problem zu kämpfen. Insbesondere mit einer sehr hohen, die das gesamte Wirtschaftsleben lähmte, und zwar so sehr, dass unsere deutschen Vorfahren in ihrer Verzweiflung zum Schluss einen „Führer“ wählten, der nicht nur die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versprach, sondern bei der Gelegenheit gleich noch ein „tausendjähriges Reich“ und einen phänomenalen „Endsieg“ dazu.

Aus dem „Endsieg“ ist eine Kapitulation geworden und der Abbau der Arbeitslosigkeit war begleitet von erzwungener Enteignung, Ermordung und Vernichtung von Millionen und Abermillionen von Menschen.

Darüber hinaus kenne ich einen Politiker, der viele Jahre später, als wir wieder einmal vor dem Problem phänomenaler Arbeitslosigkeit standen, es waren so um die fünf Millionen, ebenfalls das Volk „berauschte“, indem er mit vollmundigen Versprechungen behauptete, nur mit seinen „Reformen“ würde die Arbeitslosigkeit in Windeseile um die Hälfte, also auf sagenhafte zweieinhalb Millionen, reduziert. Die „Alphatiere“ unserer Gesellschaft waren wieder hell auf begeistert.

Inzwischen ist einige Zeit vergangen, der besagte Politiker hat sich inzwischen „aus dem Staub“ gemacht. Auf die versprochene Absenkung der Arbeitslosigkeit warten wir heute noch und seine politische Partei hat er bei der Gelegenheit in die größte Krise seit ihrem Bestehen geführt, eine Krise, von der sie sich wohl so schnell nicht wieder erholen wird.

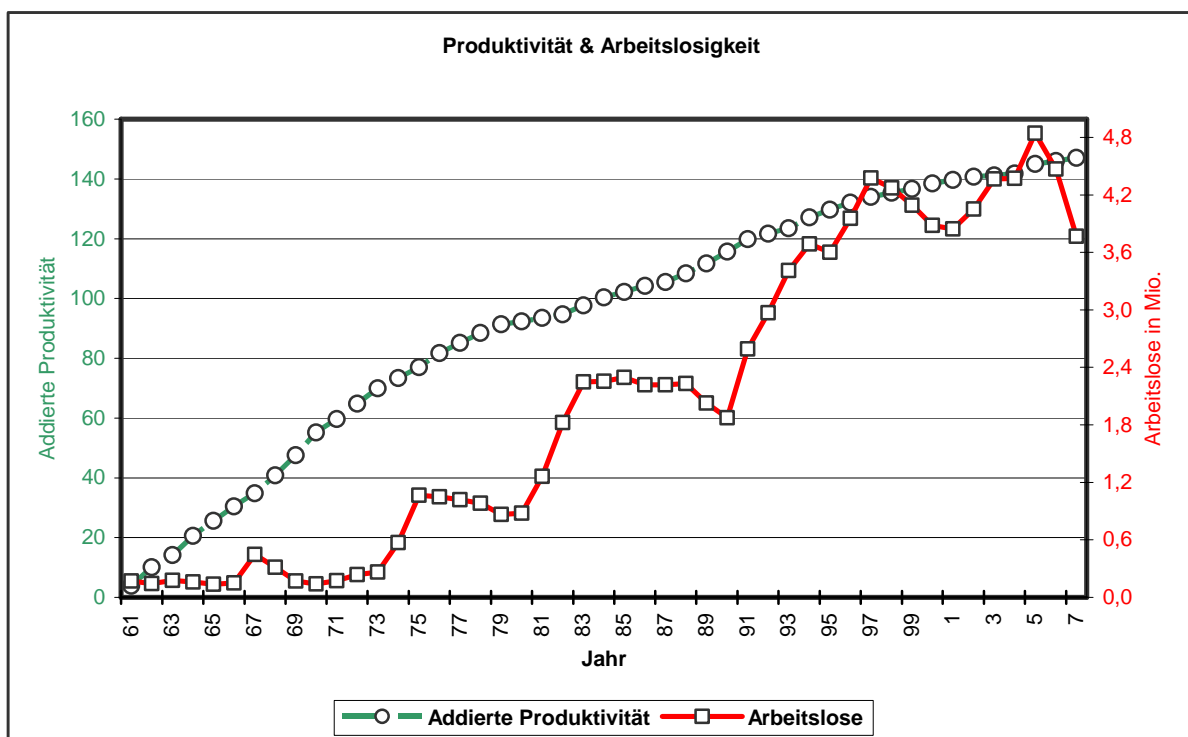
Langzeitarbeitslose dürfen sich im Zuge von arbeitsmarktpolitischen „Pseudoreformen“ inzwischen sagen lassen, das Obdachlosigkeit für sie durchaus zumutbar sei, denn das ist Bestandteil der Reformen. KZs, in denen Arbeitslose und ihre Angehörigen (Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft) zum Zwecke der „Zwangsarbeit“ (Arbeitsgelegenheiten) „gemütlich“ untergebracht werden, können wir uns, aus historischen Gründen, nicht erlauben. Also unterschreiben Arbeitslose eine Vereinbarung, in der sie sich „freiwillig“ zur „Zwangsarbeit“ verpflichten, auf diese Weise wird das internationale Ansehen nicht gefährdet.

Beide Politiker haben übrigens etwas gemeinsam, sie ahnen es sicherlich schon; genau, es ist: Das Sternzeichen.

Das ein politischer Artgenosse derselben Partei in diesem Zusammenhang nationalsozialistische Standardbegriffe wie „Parasit“ und „Sozialschmarotzer“, als Bezeichnung für hilfebedürftige Menschen öffentlich propagierte, war selbstverständlich nur reiner Zufall.

Wenn man schon so viele Arbeitslose zu ernähren hat, dann soll dieses „faule Pack“ sich wenigstens irgendwie nützlich machen. Manch ein Rentner, der 45 Jahre hart „geknüppelt“ hat - als es noch genügend Arbeit für alle gab - wird sicherlich zustimmend nicken. Doch die Zeiten haben sich geändert.

Wenn man den Zahlen des statistischen Bundesamtes in Wiesbaden glauben schenkt, ist die zunehmende Anzahl der Arbeitslosen mit einer statistisch nachgewiesenen jährlichen Produktivitätssteigerung einhergegangen. Es besteht also eine Korrelation zwischen Produktivitätssteigerung und Arbeitslosigkeit. Addiert man die jährlichen Produktivitätssteigerungen und stellt sie ins Verhältnis zur Arbeitslosigkeit, erhält man folgende Grafik:



**Produktivität** ist eine volkswirtschaftliche Kennzahl für Leistungsfähigkeit. Sie bezeichnet das Verhältnis zwischen produzierten Gütern und den dafür benötigten Produktionsfaktoren.

**Arbeit** ist ein solcher Produktionsfaktor.

Wenn die Produktivität, also die Leistungsfähigkeit in einer Wirtschaft gesteigert wird, bedeutet das im Klartext, dass immer mehr Wirtschaftsgüter, wie beispielsweise Autos, Waschmaschinen, Fernseher, Bekleidung, Computer oder Handys usw. mit immer weniger (menschlicher) Arbeit hergestellt werden können. Oder anders ausgedrückt, die Arbeiter sitzen als Arbeitslose zuhause, weil sie nicht mehr gebraucht werden und die Fabriken produzieren wie „Irre“ und zwar durch den Einsatz von Maschinen.

Produktivitätssteigerung lässt sich nicht vermeiden. Im Grunde ist sie ein erstrebenswertes Ziel, weil ihr eine gewisse Intelligenz zugrunde liegt; denn obwohl die gleiche Menge oder sogar mehr an Wirtschaftsgütern hergestellt wird wie z. B. vor 25 Jahren, können wir heute während dessen Enten füttern gehen oder uns in aller Ruhe mit anderen Dingen beschäftigen - Die Maschinen arbeiten ja für uns.

Die Sache hat nur einen Haken: Für produktive Maschinen brauchen keine Sozialabgaben entrichtet werden. Dem Staat fehlen diese Gelder, gleichzeitig muss er Unsummen an die inzwischen arbeitslos gewordene „Arbeiter“ zahlen. Weil der Staat nun aber zu wenige Einnahmen hat, muss er Kredite aufnehmen, um die vielen Arbeitslosen zu ernähren.

Eine Maschinenabgabe oder -steuer, die dem Prozess entgegenwirken würde, gibt es nicht. Den arbeitslos gewordenen Menschen fehlt im Umkehrschluss auch das nötige Einkommen um die produzierten Güter zu erwerben und verkonsumieren zu können. Folglich entsteht eine Konsumflaute, die wiederum zu Einnahmeverlusten des Staates führt - ein „Teufelskreis“ entsteht. Wir sitzen in einem Dilemma - und die (Staats-) Schulden steigen. Durch zunehmenden Fortschritt und zunehmende Technisierung haben wir uns selber „überflüssig“ gemacht.

Das Problem wird verschärft, durch die Faktoren Globalisierung und Zinseszinsseffekt.

## **Fazit**

Vollbeschäftigung, wie sie früher einmal war, ist unter diesen Bedingungen undenkbar. Lediglich der „normale“ Wirtschaftszyklus sorgt zwischendurch für ein leichtes Auf und Ab der Arbeitslosenzahlen, welche aber tendenziell stetig weiter steigen. In wirtschaftlich vorübergehenden Aufschwungphasen, wenn die Arbeitslosenzahlen ein wenig sinken, fühlt sich manch ein Politiker veranlasst, sich zu profilieren, indem er verkündet, dass eine „Vollbeschäftigung“ kurz bevor stünde und natürlich auf die Politik seiner Partei zurückzuführen sei.

Logisch betrachtet kann man diesem Prozess entweder nur entgegenwirken, indem die Gesellschaft kaum noch Kinder zeugt (**Die Kinder von heute sind die Arbeitslosen von morgen**), was momentan ja auch wirklich geschieht. Viele Frauen haben die Wahl zwischen Kindern und sozialem Absturz oder Karriere und „menschenwürdigem“ Dasein. Werden kaum noch Kinder geboren, könnten sich unsere eigenen Chancen auf Arbeit künftig erhöhen, dem steht aber die Änderung des Rentensystems von 1957, vom Kapitaldeckungs- auf das Umlageverfahren entgegen. Oder es müsste eine Art „Maschinensteuer“ eingeführt werden, was sicherlich auf heftigsten Widerstand seitens der Unternehmer stoßen würde.

Man kann natürlich auch dem „Kapitalismus“, der maßgeblich zu diesem Dilemma beiträgt, seine Basis, nämlich den Zins und Zinseszinsseffekt entziehen.

Szenewechsel: Eine bemerkenswerte und dennoch in den Geschichtsbüchern völlig unerwähnte Ausnahme stellt das Hochmittelalter dar. Kaum jemand weiß, dass die Menschen im frühen Mittelalter ungefähr 300 Jahre lang teilweise besser lebten als wir heute, weil es ein zinsloses Finanzsystem auf deutschen Boden mit Schwundgeld gab. Zinsnehmen war verboten. In diese Zeit des Zinsverbotes fällt die überwiegende Zahl der deutschen Städtegründungen sowie der Bau zahlreicher europäischer Kathedralen und ein massiver Bevölkerungsanstieg. Noch heute können wir die gotischen Bauten und Kathedralen in ganz Europa bewundern, die zur damaligen Zeit geschaffen wurden. Kaum ein Zeitalter in der Menschheitsgeschichte war so von allgemeiner Lebensfreude, Kunstsinn und tiefer Religiosität geprägt, wie dieses. Die einfache Bevölkerung lebte keineswegs in Armut.

Die Menschen damals lebten teilweise besser als heute, sie hatten oft mehr Freizeit als wir. Bergbauern mussten, weil die Arbeit so schwer war, nur 6 Stunden am Tag arbeiten. Die Handwerksgesellen bekamen neben freier Kost und Logis meist ein reichliches Entgelt, sie kleideten sich mit Gold und Silber. Durch die florierende Wirtschaft konnten sich die Menschen bessere Nahrung und Kleidung leisten. Selbst ein Tagelöhner bekam soviel, dass sein Tageslohn beispielsweise für 5-6 Pfund besten Fleisches reichte. Es gab öffentliche Badeanstalten, wo Männer und Frauen nackt miteinander badeten - prude ging es erst im Spätmittelalter zu. Es gab Spitäler und warme Stuben für Bedürftige. Während das Mittelalter sonst eher in den finstersten Farben gezeichnet wird, stellt die Zeit der Gotik von ca. 1150 bis 1450 n. Chr. einen Lichtblick für die Menschheit dar. Die wirtschaftliche und kulturelle Leistungsfähigkeit der oft nur wenige tausend Einwohner zählenden Städte war erstaunlich. Allerdings: Zinsnehmen war durch eine päpstliche Urkunde untersagt.

Wohl dem, der in dieser Zeit gelebt hat. In etwa ab dem Jahr 1450, als sich das Zinsverbot dem Ende näherte und zunehmend aufgehoben wurde, war es vorbei mit der Herrlichkeit. Mit den Zinsen kehrte die Armut wieder zurück. Alle wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse wurden völlig umgestürzt. Armut und Elend breitete sich aus. Von nun an dauerte es noch knapp 160 Jahre und der dreißigjährige Krieg brachte zusätzliches Elend über die Bevölkerung. Dieser Krieg dauerte von 1618 bis 1648. Territorial hat sich im 30-jährigen Krieg fast nichts verschoben. Er verursachte jedoch Hungersnöte und Seuchen, verheerte und entvölkerte ganze Landstriche des Reiches. In Süddeutschland etwa überlebte nur ein Drittel der Bevölkerung. Es stellt sich nun die Frage, warum Zinsen sich so verheerend auf die sozialen Strukturen ganzer Völker auswirken.

Warum produzieren sie Arbeitslosigkeit, Elend und wie wir jüngst erfahren haben, Obdachlosigkeit?

Um das zu begreifen, muss man sich fragen, wie Geld ursprünglich einmal entstanden ist, welchem Zweck es dient. Geld entwickelte sich vor einigen tausend Jahren. Bis dahin pflegten die Menschen einen einfachen Tauschhandel, wie Fell gegen Fisch oder Beil gegen Fleisch. Um den Handel zu vereinfachen, führten die Menschen Tauschmittel ein, mit denen sie erstmals „bezahlten“. Dabei handelte es sich um handliche, haltbare oder gut zu transportierende Waren oder um Dinge, die jeder ständig brauchte. Damit hatten die Vorläufer des heutigen Geldes bereits die wichtigste Eigenschaft von Euro, Dollar und Rubel gemeinsam: Ähnlich wie ein Meter die Länge oder ein Gramm das Gewicht eines Gegenstandes bestimmt, bemisst Geld nämlich den Wert einer Sache oder einer Arbeitsleistung. Geld ist also ein Wertmaß.

Doch Waren oder Dinge verderben oder veraltern, Geld hingegen nicht. Ein Blumenhändler muss zusehen, dass er seine Blumen schnell in „Umlauf“ bringt, bevor sie verwelken. Ein Gemüsehändler muss seine Waren auch schnell wieder „loswerden“, bevor sie verdirbt. Der „Geldhändler“ (die Bank, der Reiche) hat diese Sorge nicht. Er/Sie kann das Geld dem Wirtschaftskreislauf so lange entziehen, bis er/sie den besten Preis (Zins) dafür bekommt – rein theoretisch Jahre. Das ist der ungerechte Unterschied zu allen anderen Waren in einer Wirtschaft. Egal welche Ware Sie verkaufen, sie müssen immer Arbeiten und sich beeilen, ihre Ware in „Umlauf“ zu bringen, bevor sie wertlos wird.

Hätte Geld die gleichen Eigenschaften wie Blumen, Obst, Gemüse, Autos oder Computer, würde jeder versuchen sein Geld so schnell wie möglich „in Umlauf“ zu bringen – auch die Bank.

Geld mit diesen Eigenschaften nennt sich Umlaufgesichertes Geld, auch Freigeld, Neutralgeld, oder Schwundgeld. Es ist flüssiges Zahlungsmittel, deren Besitz einer zeitabhängigen Nutzungsgebühr (auch Umlaufsicherungsgebühr genannt) unterliegt. Die Idee hierzu stammt von dem Wirtschaftstheoretiker Silvio Gesell, der sie Anfang 1920, in seinen Abhandlungen über die Freiwirtschaftslehre das erste Mal veröffentlichte.

Dass Not und Arbeitslosigkeit sich mit Schwund- oder Freigeld tatsächlich eindämmen lassen, ist 1932, während der großen Weltwirtschaftskrise, in Tirol/Österreich, das erste Mal bewiesen worden.

Nicht ohne Grund wird uns heute der große Erfolg des Experiments von Wörgl verschwiegen... lesen sie selbst:

## **Die Geldreform von Wörgl 1932/33**

Während in aller Welt durch den internationalen Geldstreik das Wirtschaftsleben lahm gelegt wird, reißt Bürgermeister Michael Unterguggenberger seine verelendete Gemeinde aus der Apathie durch die Geldreform von Wörgl nach dem Freigeldgedanken von Silvio Gesell.

Was ist dran an dieser Geldreform, mit der Bürgermeister Michael Unterguggenberger „der Welt ein Zeichen geben“ wollte? Warum taucht die Wörgler Nothilfeaktion noch heute als Lehrbeispiel an Universitäten in aller Welt auf? Was geschah damals in dem "kleinen Tiroler Marktflecken"?

Die 1929 durch den Börsencrash in den USA ausgelöste Weltwirtschaftskrise traf zu Beginn der 1930er Jahre auch Europa und damit die österreichische Wirtschaft. Und Wörgl besonders hart. Durch den Bau der Eisenbahn im 19. Jahrhundert hatte sich die 1911 zum Markt erhobene Gemeinde vom Bauerndorf zum regionalen Wirtschaftszentrum mit Industrie und Gewerbe gewandelt.

Der wirtschaftliche Niedergang führte dazu, dass immer weniger Geld in Umlauf war. Die Absatzmärkte brachen ein, Produktionsstillstand und Arbeitslosigkeit waren die Folge. Die Zellulosefabrik sperrte zu, die Zementindustrie drosselte die Produktion, und aufgrund der Elektrifizierung der Bahn wurden auch da viele Arbeiter entlassen.

1932 waren in der Region 1500 Menschen arbeitslos, im 4.200 Einwohner zählenden Markt Wörgl 400 Menschen - wovon 200 bereits „ausgesteuert“ waren, damit keine staatliche Unterstützung mehr erhielten und der Armenfürsorge der Gemeinde zufielen. Die Gemeindekasse war aber leer, nicht einmal die Zinsen für den 1,3 Millionen-Schilling-Kredit für den Bau der Bürgerschule konnten zurückbezahlt werden.

Wie also der Not entkommen? Während aus der Wildschönau ganze Familien nach Brasilien auswanderten, dort ihre Zukunft aufbauen wollten und Dreizehnlinden gründeten, in Hopfgarten drei junge Burschen als Feuerteufel wüteten und mordeten, um an Geld zu kommen, fand Wörgls Bürgermeister einen kreativen Ausweg: Arbeit war genug vorhanden - nur das Geld fehlte, um diese zu bezahlen. Also druckten die Wörgler ihr Geld selber.

### **Ein politisches Meisterstück**

In dieser aussichtslosen Lage entwarf Michael Unterguggenberger und seine Wörgler Freiwirtschaftsgruppe das Wörgler Nothilfe-Programm, zu dessen Umsetzung ein überparteilicher Wohlfahrtsausschuss eingerichtet wurde.

In diesem wirkte mit Pfarrer Matthias Riedelsperger auch ein Vertreter der katholischen Kirche mit. Die Not der Stunde ließ die Menschen trotz gegensätzlicher Weltanschauungen zusammenrücken - der Gemeinderat fasste alle Beschlüsse einstimmig.

Volkswirtschaftler, Politiker und Künstler interessierten sich für das Wörgler Freigeld. 1934 kommt der französische Ministerpräsident a.D. Edouard Daladier, 1935 der amerikanische Dichter Ezra Pound. Presseberichte spiegeln das weltweite Echo wider. In Amerika will Prof. Irving Fisher 1933 mit Stamp scrip nach Wörgler Vorbild die Wirtschaftskrise bekämpfen. Am 10. März 1933 ist im US-amerikanischen Senat vom Wörgler Freigeld die Rede. Die europaweit aktive Freiwirtschaftsbewegung beobachtete die Vorgänge in Wörgl ebenso wie die Österreichische Nationalbank, die ihr Geldausgabemonopol von Anfang an gefährdet sah.

Nachdem 1933 immer mehr österreichische Gemeinden dem Beispiel Wörgls folgen - im Januar 1933 begann Kirchbichl den Bau des Strandbades mit Wörgler Schwundgeld - und die Wirtschaftskrise durch Ausgabe von Freigeld bekämpfen wollten, veranlasst die Nationalbank durch Intervention bei den Behörden 1933 das Verbot des Währungsexperimentes. Wörgls Einspruch am Gerichtsweg bleibt erfolglos.

Lesen sie, wie erfolgreich zur damaligen Zeit die Arbeitslosigkeit bekämpft wurde, dann wird offensichtlich, wie ungeeignet die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 (Hartz-IV) für diesen Zweck in Wirklichkeit geeignet sind bzw. dass sie lediglich den Interessen der Hochfinanz und zahlreichen Unternehmen dienen, die auf diesem Weg lediglich die Löhne drücken wollen, um zu Lasten der Bevölkerung, insbesondere der Arbeitslosen in diesem Land, höhere Profite zu generieren.

## Das Experiment von Wörgl

© Stadt Wörgl



Bgm. Unterguggenberger mit Dr. H. K. Sonderegger, Autor der Schrift „Die Rettung Österreichs – Das Wörgler Beispiel“

### Die Wirtschaftskrise

Die 1929 ausgelöste Weltwirtschaftskrise und die Umstellung der Bahn vom Kohlebetrieb auf die Elektrifizierung machte der Wörgler Wirtschaft zu Beginn der 30er Jahre zu schaffen. Am 1. Juni 1930 wurde das Heizhaus aufgelassen, hunderte Bahnarbeiter waren zur Abwanderung gezwungen. 1931 wurde u. a. das größte Unternehmen in der Marktgemeinde, die Zellulosefabrik stillgelegt und damit mehrere hundert Arbeiter brotlos. Rund 400 Arbeitslose in der engeren Gemeinde - davon



200 "Ausgesteuerte", die auf die Armenfürsorge der Gemeinde angewiesen sind. 1.500 Arbeitslose in der Region und täglich kamen neue hinzu. Die Gemeinde ist nicht mehr in der Lage, ihren Verpflichtungen - etwa die Instandhaltung der Straßen - nachzukommen. Sie konnte nicht mehr die Zinsen für ihre Schulden in Höhe von S 1,3 Mio. bezahlen. Das einzige Guthaben waren Steuerrückstände der Bewohner, die aber aufgrund der wirtschaftlich trostlosen Lage uneinbringlich waren. Viele Arbeiterfamilien lebten vom Spargroschen, immer mehr "Ausgesteuerte" wurden im Amt vorstellig. Die gesamte Wirtschaftslage war geprägt von einer Deflation. Die Preise der Waren fielen, das Geld gewann ständig an Wert und wurde deshalb auch zurückgehalten.

Waren Anschaffungen nicht unbedingt nötig, so wartete man ab - bei fallenden Preisen die logische Folge.

Die Folge war aber auch, dass das Geld im Wirtschaftskreislauf fehlte. Die in Umlauf befindliche Geldmenge, damals noch an die Goldreserven gebunden, verkleinerte sich, Geld wurde "Mangelware". vor diesem Hintergrund arbeitete Michael Unterguggenberger sein Nothilfe-Programm aus, das am 8. Juli 1932 vom Gemeinderat ungeachtet der Parteizugehörigkeit und der in vielen Punkten nicht überbrückbaren Weltanschauungen einstimmig angenommen wurde.

### **Das Nothilfe-Programm**

Am 5. Juli 1932 stellte Bgm. Michael Unterguggenberger bei der entscheidenden Sitzung des Wohlfahrtsausschusses sein Nothilfe-Programm mit folgender Rede vor:

Langsamer Geldumlauf ist die Hauptursache der bestehenden Wirtschaftslähmung. Das Geld als Tauschmittel entgleitet immer mehr den Händen der schaffenden Menschen. Es versickert in den Zinskanälen und sammelt sich in den Händen weniger Menschen, die das Geld nicht mehr dem Warenmarkt zuführen, sondern als Spekulationsmittel zurückhalten.

Da das Geld ein unentbehrliches Rad in der Produktionsmaschine ist, bedeutet die Ansammlung von großen Summen in wenigen Händen eine ungeheure Gefahr für den ungestörten Produktionsbetrieb. Jede Geldstauung bewirkt Warenstauung und Arbeitslosigkeit. Unsicherheit in den Wirtschaftsverhältnissen macht den Geldbesitzer ängstlich, er gibt das Geld nicht mehr oder sehr ungern aus der Hand, er misstraut jeder Geldanlage. Der Geldumlauf wird so verlangsamt, der Gesamtumsatz an Ware und Leistungen schrumpft ein und der Lebensraum der Menschen im Wirtschaftsgetriebe schwindet. Bleibt es in der bestehenden Form, so lähmt es die Ernährung des Volkes, Friede und Wohlstand werden zerstört. Ganze Völker und Staaten werden dadurch vom Untergang bedroht. Da von hier aus die Welt nicht gerettet werden kann, wollen wir wenigstens ein Zeichen geben. Das träge und langsam umlaufende Geld der Nationalbank muss im Bereich der Gemeinde Wörgl durch ein Umlaufmittel ersetzt werden, welches seiner Bestimmung als Tauschmittel besser nachkommen wird als das übliche Geld. Es sollen Arbeitsbestätigungen in drei Nennwerten ausgegeben und in Umlauf gesetzt werden. Die Gemeinde wird das tun, und die Privaten sollen gewonnen werden, die Arbeitsbestätigungen zum vollen Nennwert zu kaufen und in Zukunft möglichst alle Zahlungen damit zu leisten. Um das wirtschaftliche Leben in der Gemeinde wieder aufwärts zu bringen, sollen auch nach einem noch zu bestimmenden und aufzustellenden Plane öffentliche Arbeiten damit durchgeführt und bezahlt werden.

## Der Arbeitswertschein



Die Arbeitswertscheine, ausgegeben im Wert von S 1,-, S 5,- und S 10,-, funktionierten nach dem Prinzip des Freigeldes: Durch monatliche Entwertung um 1 % des Nennwertes mittels Aufkleben von Stempelmarken wurde der rasche Umlauf gesichert.



Die Gemeinde zahlte im Juli 1932 erstmals S 1.600,- in Form der Arbeitswertscheine an Arbeiter aus. Diese benötigten sie dringend für den Konsum, die Geschäftsleute beglichen damit ihre Steuerschulden bei der Gemeinde - der Kreislauf war binnen kurzer Frist geschlossen, das Tauschmittel wieder in der Gemeindekasse.



Während der 13 Monate, die das Experiment lief, flossen die Arbeitswertscheine durchschnittlich 2 x pro Woche durch die Gemeindekasse. Ein Schilling Schwundgeld zahlte also im Schnitt S 104,- Steuern jährlich.

Die Arbeitswertscheine besaßen Gültigkeit im Ort, wurden aber im Laufe des Experimentes auch in den umliegenden Gemeinden als Zahlungsmittel angenommen. Sie waren jederzeit bei der Raiffeisenkasse gegen Schillingnoten einwechselbar, da die Gemeinde den Gegenwert der ausgegebenen Arbeitswertscheine bei der Bank in regulärer Schillingwährung hinterlegt hatte. Wer wechseln wollte, musste aber 2 % "Arbeitsbeschaffungsbeitrag" abführen. Entscheidend für den Wirtschaftsbelebenden Effekt des Experimentes war nicht die ausgegebene Geldmenge, sondern die rasche Umlaufgeschwindigkeit der Arbeitswertscheine. Zur Wirtschaftsbelebung trug auch das hinterlegte Geld der Gemeinde bei der Bank bei, das diese in Form von Sichtwechseln an solide Grossisten zum Zinsfuß von 6 % weiterverlieh. Die Zinsen erhielt die Gemeindekasse - die Bank verzichtete auf ein Entgelt.

## Das Bauprogramm



Das erste Bauvorhaben wurde am 11. Juli 1932 begonnen. Es umfasste die Kanalisierung der Jahnstraße und Brixentaler-Straße, Straßenarbeiten an der oberen und unteren Bahnhofstraße, am Kirchplatz und an der Schachtnerstraße, sowie die Asphaltierung dieser Straßen mit Ausnahme der Brixentaler- und Schachtnerstraße. Die Arbeiten waren am 29. Oktober 1932 beendet und hatten S 31.222,42 gekostet.



Das zweite Bauprogramm umfasste die Asphaltierung der Schachtner- und Brixentaler-Straße, die Ausgestaltung der Simon Prem-Straße, sowie die Rohr- und Randsteinerzeugung auf Lager. Der Gesamtaufwand betrug S 43.385,61. Weiters wurde die Simon Prem-Straße und der Hauptschuleingang asphaltiert, verschiedene Weg- und Straßenbauten außerhalb des Ortes durchgeführt, das Gemeinde- und Volksschulhaus kanalisiert, Straßen und Wege im Ort um S 9.000,- repariert.



Für den Bau einer neuen Skisprungschanze wurden 500 Arbeitsschichten aufgewendet, eine Notstandsküche wurde eingerichtet, ein Waschhaus und Holzhaus bei der Gemeindemühle errichtet. Die Umgestaltung der Bahnhofstraße sowie die Errichtung der Straßenbeleuchtung wurden ebenfalls im Rahmen der Nothilfe-Aktion durchgeführt. Die Lohnzahlungen für diese Arbeiten machten insgesamt S 102.197,13 aus und wurden ausschließlich in Arbeitswertscheinen beglichen, schilderte Hans Burgstaller in der Broschüre "Die Rettung Österreichs - das Wörgler Beispiel" Die Nothilfeaktion.



Mit den Notstandsarbeiten im Jahr 1933 wurden Infrastruktureinrichtungen für den Fremdenverkehr geschaffen und die Müllnertal-Brücke am Eingang der Wörgler Schlucht neu gebaut. U. a. wurde ein neuer Weg vom Anlauf der Sprungschanze bis zum Eissteingipfel in einer Länge von 2 km angelegt, ein 3.489 m langer Jägersteig-Rodelweg mit 595 Treppenstufen. Der Weg zu den Lechner Wasserfällen wurde teilweise neu gebaut und in die unzugängliche Aubachklamm mit Sprengarbeiten und Errichtung zahlreicher Brücken ein 1,2 km langer Steig angelegt. Dazu wurden an diesen Wegen 120 Ruhebänke aufgestellt.

Durch die Bauarbeiten konnte man durchschnittlich 50 bis 60 Arbeitslose direkt und etwa 30 bis 40 Mann in der Zulieferindustrie beschäftigen. Während die Arbeitslosigkeit in Österreich in dieser Zeit weiter stieg, ging sie in Wörgl um ein Viertel zurück.

### **Der Staat war dagegen**

Ankläger ist die Österreichische Nationalbank AG, ein gewinnbringendes Privatunternehmen, das allein über die staatliche Währung zu bestimmen hat. "Was fürchtet die Nationalbank von der gemeinnützigen Nothilfe-Aktion der Gemeinde Wörgl?", fragte Hans Burgstaller in der im Mai 1933 erschienenen Broschüre "Die Rettung Österreichs - das Wörgler Beispiel".

Der Kampf beginnt am 22. Juli 1932 - wenige Tage nach dem Beschluss der Nothilfe-Aktion. Aufgeschreckt von Zeitungsmeldungen veranlasst die Nationalbank die Tiroler Landesregierung, den Wörgler Gemeinderatsbeschluss auszusetzen, da sie eine Verletzung ihres Banknotenprivilegs sieht. Wörgl dementiert, Unterguggenberger und eine Delegation weiterer Befürworter - darunter Handelskammerpräsident Peter Westen - sprechen bei Minister Rintelen in Wien vor und ernten Verständnis. Die Bezirkshauptmannschaft Kufstein befürwortet das Experiment angesichts der Notlage vorerst, muss aber auf Auftrag der Landesregierung die Ausgabe von Arbeitswertscheinen am 5. Januar 1933 verbieten.

Der Gemeinderat legt Berufung an den Landeshauptmann ein. Von einer Verletzung des Banknotenprivilegs könne keine Rede sein, da die Arbeitswertscheine ja nur auf den an der Nothilfe beteiligten Personenkreis beschränkt seien, diese sich freiwillig an der Selbsthilfeaktion beteiligen. Die Berufung wird am 22.2.1933 abgewiesen.

Am 7. März beschließt der Gemeinderat den Gang zum Verwaltungsgerichtshof, holt sich juristischen Beistand - und macht weiter. Trotz des Verbotes, das am 31. März neuerlich von der Bezirkshauptmannschaft bekräftigt wird: Der Verwaltungsgerichtshofbeschwerde komme keine aufschiebende Wirkung zu.

Michael Unterguggenberger war selbst drei Mal nach Wien gefahren, um die Wörgler Selbsthilfe-Aktion zu verteidigen. Schließlich nützte auch eine Intervention Unterguggenbergers beim Bundeskanzler nichts - am 15. September 1933 mussten die Arbeitswertscheine eingezogen werden. Das unwiderrufliche Ende der Wörgler Nothilfe-Aktion wurde dann noch am 18. November 1933 vom Verwaltungsgerichtshof bestätigt.

## Weltweites Echo

Der wirtschaftsbelebende Effekt der Wörgler Nothilfe-Aktion blieb nicht verborgen. Zunächst verbreitete sich die Kunde in der Umgebung. Kirchbichl beschloss am 12.1.1933 die Einführung der Arbeitswertscheine, mit denen der Bau des Kirchbichler Strandbades durchgeführt wurde. Auch die Kitzbüheler führten Schwundgeld ein, in Brixen und Westendorf war es bereits beschlossene Sache, allerdings wollte man dort noch auf den Ausgang des laufenden Gerichtsverfahrens warten.

Mit Zustimmung und Begeisterung wurden die Ausführungen des Pfarrers Schlechter von Westendorf aufgenommen, schreibt Hans Burgstaller 1933. Schlechter: Wenn es auch lächerlich schien, dass sich das kleine Tirol gegen die Gewalt Napoleons erhob, der Funke aus Tirol hatte genügt um im übrigen Europa einen Brand auszulösen, der die unbesiegbar scheinende Macht zerbrach. Es geht heute nicht gegen Napoleon, aber die Macht, die heute zerschlagen werden muss, die internationale Hochfinanz, ist größer als die Macht Napoleons.

Viele Gemeinden Österreichs forderten die Einführung von Freigeld. Zeitungsberichte in aller Herren Länder lösten internationales Interesse aus. Volkswirtschaftler und Politiker kamen, um sich selbst vom Ergebnis zu überzeugen. Darunter der Geldtheoretiker Prof. Irving Fischer aus den Vereinigten Staaten, der Gesells Konzept als "geniale Idee" würdigte und sie anwenden wollte, um der Depression in Amerika Herr zu werden. In zahlreichen amerikanischen Städten und Gemeinden wurde nach Wörgler Vorbild Markennotgeld herausgegeben. Dabei wurde aber mit dem Schwund übertrieben - bei 2 % pro Woche wurde das Geld nicht angenommen.

Frankreichs Ministerpräsident Daladier weilte im Sommer 1933 in Wörgl und war begeistert: "Dieses Geld hat überaus beachtenswerte Ergebnisse gezeitigt... Die Bewohner haben mir erklärt, dass sie solches Geld, das sie leben lässt, dem Goldwahn und anderen veralteten Ideen vorziehen."

Die große Pariser Zeitschrift "Illustration" berichtete im September 1933 über das Wörgler Experiment, eine Artikelserie in einer anderen Zeitschrift folgte, und noch im gleichen Jahr gründeten die durch die Thesen Proudhons aufgeschlossenen Franzosen einen Dachverband für Tauschgesellschaften, die im ganzen Land entstanden. Das Verbot kam 1935 vom Innenministerium.

## Weiterdenken

Die Ideen Silvio Gesells wurden weitergedacht.  
Weitere Informationen finden sie unter:

[www.unterguggenberger.org](http://www.unterguggenberger.org)

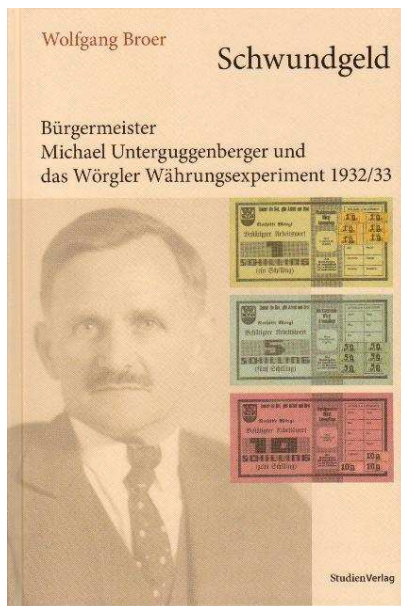
## Quellennachweis

**Textautorin:** Veronika Spielbichler, Unterguggenberger Straße 3b, 6300 Wörgl, E-Mail: ui@snw.at

Fotos: Unterguggenberger Instiut / Archiv Weitere Informationen :

[www.unterguggenberger.org](http://www.unterguggenberger.org)

## Literatur zum Thema



### Neuerscheinung zum Wörgler Freigeldjahr 2007:

**Dr. Wolfgang Broer:**  
**"Schwundgeld - Bürgermeister Michael Unterguggenberger und das Wörgler Währungsexperiment 1932/33"**

StudienVerlag,  
398 Seiten,  
Euro 34,90

ISBN 978-3-7065-4472-6

In den Jahren 1932/33 führte der Wörgler Bürgermeister Michael Unterguggenberger in seiner Gemeinde das sogenannte Schwundgeld ein, eine Parallelwährung neben dem amtlichen Schilling. Er initiierte dadurch inmitten der Weltwirtschaftskrise ein Währungsexperiment, welches seit damals nicht nur in Österreich, sondern auch in vielen anderen Ländern der Welt große Beachtung und Nachahmung gefunden hat. Dieses Buch stellt das Wörgler Experiment erstmals umfassend in das damalige politische und soziale Koordinatensystem und führt ganz nah an die Menschen und Probleme dieser Zeit heran. Der Autor Dr. Wolfgang Broer ist Historiker und Publizist, u.a. langjähriger Redakteur der Tageszeitung "Der Kurier" und Chefredakteur des a3-Wirtschaftsverlages. Das Buch ist u.a. in der Buchhandlung Zangerl in Wörgl erhältlich. Bestellung per Email: [order@studienverlag.at](mailto:order@studienverlag.at)

### **Filmtipp:**

#### **Michael Unterguggenberger und das Experiment von Wörgl**

Die Video-Dokumentation "Michael Unterguggenberger und das Experiment von Wörgl" wurde vom Wörgler Filmclub WÖFA zum Freigeldjahr 2007 produziert.

Die beiden Autoren Mag. Norbert Perger und Egon Frühwirth schildern in dem 33 Minuten dauernden Film anhand historischer Foto- und Filmaufnahmen die Abwicklung des Währungsexperimentes und stellen die faszinierende Persönlichkeit des damaligen Bürgermeister Michael Unterguggenberger auch anhand von Interviews mit dessen Tochter Lia Rigler vor.

Der Film erhielt bei der Landesmeisterschaft des nicht kommerziellen Films für Tirol, Vorarlberg und Südtirol eine Goldmedaille, den Sonderpreis für ein "besonderes zeitgeschichtliches Thema" sowie das Prädikat Landesmeister von Tirol 2007. Die DVD kann zum Preis von **15 Euro** bei den Autoren bestellt werden. Kontakt: E-mail: **n.perger@chello.at**

### **Weitere Infomationen:**

1951 erschien zum 11. Kongress der Internationalen Freiwirtschaftlichen Union in Wörgl in der Verlags-Genossenschaft freiwirtschaftlicher Schriften Freies Volk Bern von Fritz Schwarz "Das Experiment von Wörgl". Es galt Jahrzehnte lang als Standardwerk und wurde immer wieder nachgedruckt. Die Schrift steht unter **<http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/woergl/>** zum kostenfreien Download bereit.

Fritz Schwarz, Zeitzeuge des Wörgler Währungsexperimentes, rechnet im 1951 erschienen Buch „Das Experiment von Wörgl“, dass die durchschnittlich in Umlauf befindlichen 5.490 Schilling in Freigeld in den 13,5 Monaten 464 mal (416 mal pro Jahr) umgelaufen sind und kommt damit zu einer Gesamtnachfrage von 2.547.360 Schilling. Schwarz rechnet die Bewegungen der Scheine im Ort dazu - also von der Gemeinde zum Arbeiter zum Kaufmann, zum Handwerker, zum Großhändler zur Gemeindekasse etc. - also den ortsinternen AB-Scheinumlauf zusätzlich zum Rücklauf in die Gemeindekasse.

Dr. Silvio Unterguggenberger, Sohn des Freigeldbürgermeisters Michael Unterguggenberger berechnete in seinem Beitrag zum Wörgler Heimatbuch (1998 erschienen) aufgrund der Zahlen von Fritz Schwarz bei 416 Handwechslungen per anno und durchschnittlich 5.490 Schilling in 13,5 Monaten eine Gesamtnachfrage von 2.547.360 Schilling 1932/33, was 1998 einer Kaufkraft von 63.684.000 Schilling entsprochen hätte. Umgerechnet in Euro würde das heute einer Kaufkraft von rund **5 Millionen Euro** gleich kommen.

**Das Erfolgsrezept der Wörgler Geldreform war also der rasche Umlauf der regional gültigen Gutscheinvährung.**

Nun, Wir leben inzwischen im Zeitalter der EC- und Kreditkarten. Bargeldloser Zahlungsverkehr, heißt die Devise. Die geschilderten Arbeitswertscheine ließen sich heute mit Sicherheit nicht mehr etablieren. Ich habe diesen Bericht

dennoch gezielt in mein Buch mit aufgenommen, um zu demonstrieren, dass es Lösungsmöglichkeiten gibt, um dem sozialen Abstieg ganzer Bevölkerungsschichten sowie unserer Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Allein, man muss es nur wollen. Im frühen Mittelalter wurde es in ähnlicher Form Europaweit fast 300 Jahre und im österreichischen Wörgl über ein Jahr erfolgreich durchgeführt. Was spricht gegen den Versuch einer Wiederholung in moderner Variante? Die Banken, (die Hochfinanz) sind die Institutionen, von denen massiver Widerstand zu erwarten wäre. Noch geht es uns, der breiten Masse der Bevölkerung zu gut, als das wir uns Gedanken über gesellschaftliche Systemveränderungen machen. Zumindest auf politischer Ebene sollte „Klammheimlich“ über derartige Projekt nachgedacht werden, denn das Ergebnis wären nicht zuletzt auch „prallgefüllte“ Staatskassen. Doch anscheinend sind unsere Politiker „verliebt“ in ihre Schulden.

### Weiterführende Literatur:

<p><b>Das Geldsyndrom</b>            Autor: Helmut Creutz            Taschenbuch            Verlag: Edition Hathor            ISBN-10: 3928493469            ISBN-13: 9783928493468            Preis: 16,80</p>	<p><b>Die Dynamik des Geldes</b>            Autor: Eduard Leemann            Gebundene Ausgabe: 300 Seiten            Verlag: Orell Füssli (Januar 2001)            ISBN-10: 3280026253            ISBN-13: 978-3280026250            Preis: ab 15,00 (bei Amazon)</p>
<p><b>Geld ohne Zinsen und Inflation</b>            Autor: Margrit Kennedy            Taschenbuch            Verlag: Goldmann            ISBN-10: 3442123410            ISBN-13: 9783442123414            Preis: 7,95</p>	<p><b>Globale soziale Sicherheit.</b>            Grundeinkommen – weltweit?            Manfred Füllsack (Hrsg.)            220 Seiten            Verlag: Avinus-Verlag            ISBN-10: 3-930064-61-8            EAN: 9783930064618            Preis: 20,00</p>

Anhand der geschilderten Fakten erscheint es unsinnig, dem Arbeitslosen allein die Schuld an seinem Schicksal zuzuschreiben. Hartz-IV und „Ein-Euro-Jobs“ mögen bestenfalls geeignet sein, die Arbeitslosen zu bekämpfen und die Arbeitslosenstatistik zu manipulieren. Die eigentliche Problematik bleibt jedoch weiterhin bestehen. Ähnlich wie ein Krebsgeschwür den Wirt langsam vernichtet von dem es lebt, wird auch der Kapitalismus in seiner heutigen Form sich selbst vernichten, weil es ein krankes, unnatürliches System ist, das letztendlich nur einer Handvoll Menschen ein würdevolles Leben ermöglicht, während der Rest der Menschheit langsam aber sicher an ihm verelendet und zugrunde geht. Vollbeschäftigung wird in unserem derzeitigen System ewig ein leeres Versprechen bleiben, sie lässt sich nicht herbeireden.

Unsere Politiker werden sich früher oder später ernsthafte Gedanken machen müssen, wollen sie auch künftig weiterhin

gewählt werden. Rosen als Wahlgeschenk mögen eine nette Geste darstellen doch nur wirklich soziale Gerechtigkeit hinterlässt einen bleibenden Eindruck bei den Wählern. Wortbruch, Wählerbetrug, Diffamierung sowie soziale Ausgrenzung und gezielte Diskriminierung hinterlassen allerdings auch einen bleibenden Eindruck. Irgendwann wendet sich der Wähler angewidert von der Politik ab. Radikale Gruppierungen können sich unter derartigen Bedingungen besonders gut etablieren. Zins und Zinseszins hatten seit hunderten von Jahren stets die gleichen Auswirkungen, daran wird sich auch künftig nichts ändern.

Erinnern sie sich an Kapitel 1 „Vorwort“ und schauen sie, welche Personen Hartz-IV ausgearbeitet haben – die Hochfinanz war maßgeblich daran beteiligt. Hier wurden in erster Linie ihre Interessen vertreten und die zahlreicher üppig dimensionierter Wirtschaftsunternehmen. Ihre Interessen lauten: Noch mehr Profit, noch mehr Profit und noch mehr Profit für die ohnehin schon Wohlhabenden – wenn möglich zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung.

Damals wie Heute waren die Probleme die Gleichen. Doch im Gegensatz zu Hartz-IV stellt der Versuch die Arbeitslosenproblematik mittels Freigeldsystem zu lösen, mit Abstand eine bessere „Reform“ dar – zumindest eine sozial Gerechtere. Ein Abgleiten in die Obdachlosigkeit vieler Menschen sollte auf diese Weise verhindert werden, nicht „gefordert und gefördert“, wie es mit Hartz-IV der Fall ist.

